



Foto: CDU-Ratsfraktion

CDU
FRAKTION IM RAT DER STADT DORTMUND

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion AUSGABE 1/2026



Foto: CDU-Ratsfraktion

Stadtentwicklung

» weiterlesen, **S. 2**

Kultur & Sport

» weiterlesen, **S. 5**

Bildung

» weiterlesen, **S. 6**

Wirtschaft

» weiterlesen, **S. 7**

Sicherheit & Ordnung

» weiterlesen, **S. 8**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Demokratie ist für uns etwas Selbstverständliches. So selbstverständlich, dass uns ihr Wert trotz all unserer Erfahrungen aus der deutschen Geschichte und trotz der tagtäglichen Nachrichtenlage in der Welt oftmals gar nicht mehr bewusst zu sein scheint. Demokratie muss im Alltag gelebt werden, weil sie kein Selbstläufer ist. Und der Alltag findet hier bei uns vor Ort in Dortmund statt. Hier wird das, was eine Demokratie ausmacht – mitzugestalten und mitzuentcheiden – am unmittelbarsten erfahrbar. In der Rückschau auf das zurückliegende Jahr seit den Kommunalwahlen im September 2025, frage ich mich allerdings manchmal, wie es um die Demokratie in unserer Stadt bestellt ist.

Die Kommunalwahlen im vergangenen Herbst haben Spuren hinterlassen. Erstmals seit 1946 steht wieder ein CDU-Oberbürgermeister an der Spitze der Dortmunder Bürgerschaft. Nach der Stichwahl war die Rede vom politischen Erdbeben, vom Paukenschlag, von einer historischen Niederlage für die Sozialdemokratie. Der Dortmunder Rat ist zersplittert in fünf Fraktionen und vier Gruppen. Die AfD hat ihre Sitzzahl gegenüber der letzten Wahlperiode mehr als verdreifacht.

Das Erstarken der AfD müsste eigentlich allen politischen Kräften eine Mahnung sein, allein nach dem Grundsatz zu handeln „Die Stadt zuerst!“. Der Oberbürgermeister, die Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretungen sind von der Dortmunder Bürgerschaft gewählt, um das Wohl der Stadt und ihrer Einwohner zu fördern. Stattdessen vermittelt die Kommunalpolitik allzu oft den Eindruck, als befänden wir uns immer noch im Wahlkampf. Wahlen kennen Gewinner und Verlierer. Wahlergebnisse sind mitunter schmerzhaft und hinterlassen Wunden. Aber jeder Demokrat weiß: Wahlen erfolgen auf Zeit. Mit der nächsten Wahl können sich die Verhältnisse wieder grundlegend ändern. Dies ist ein Wesensprinzip der Demokratie.

Deshalb wünsche ich mir, dass alle zur konstruktiven Sacharbeit zurückfinden und wir gemeinsam das machen, wofür wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden: Für das Wohl unserer



Stadt zu arbeiten, Herausforderungen zu bewältigen und Probleme zu lösen. Zu den Wesensmerkmalen der Demokratie gehört die Vielfalt der Ideen und Meinungen. Unterschiedliche Ansätze zuzulassen, sich auf sie einzulassen und im Ringen um die beste politische Lösung die Auseinandersetzung mit ihnen zu führen. Die Lösung besteht in einer Demokratie in der Regel aus einem Kompromiss der unterschiedlichen Standpunkte. Deshalb sollte der Austausch der unterschiedlichen politischen Positionen im Rat oder über die Sozialen Medien von Sachlichkeit und gegenseitigem Respekt geprägt sein. Dies habe ich in so manchen Debatten der letzten Monate vermisst. Wir dürfen nie vergessen: Es geht allein um Dortmund!

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe unseres „Klartextes“ möchten wir Ihnen auch dieses Mal auszugsweise aktuelle Themen, die Gegenstand unserer Fraktionsarbeit waren und sind, vorstellen und Ihnen unseren Standpunkt zu ausgewählten Themen näher erläutern. Über unsere Social-Media-Kanäle berichten wir fortlaufend zu aktuellen Inhalten unserer Arbeit. Sie sind herzlich eingeladen, uns in den Sozialen Medien zu folgen. Dann sind Sie immer „nah dran“ am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
Dr. Jendrik Suck

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sie erreichen uns unter: **0231 - 57 94 11**
oder **info@cdu-fraktion-dortmund.de**

Nächste Sitzungen des Rates:

Do, 01.10.2026, 15 Uhr

Do, 12.11.2026, 15 Uhr

Do, 17.12.2026, 13 Uhr

Im Livestream über **www.dortmund.de**

DO kann mehr!

Stadtentwicklung

Bau-Turbo für Dortmund und gesamtstädtische Innenentwicklung statt Flächenfraß – Rheinlanddamm zeigt wie

Dortmund hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Von der ehemaligen Industrie- und Bergbaustadt hin zu einem modernen und zukunftsorientierten Standort für Dienstleistungen, smarten Technologien und Wissenschaft. Um diese Entwicklung zu unterstützen, ist die Erschließung von weiterführenden Stadtentwicklungspotenzialen essenziell.

Anfang des Jahres hatte die Verwaltung ursprünglich zwei wichtige Vorlagen zur Erschließung von Stadtentwicklungspotenzialen erarbeitet. Zum einen die Anwendung des sogenannten Bau-Turbos zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zum anderen die Erarbeitung einer gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie.

Bau-Turbo nicht ausbremsen, sondern zünden!

Die Entscheidung über die Anwendung des Bau-Turbos ist auch auf unseren Wunsch hin zunächst veragt worden. Mit einem im Wohnungsausschuss eingebrachten Antrag forderten wir Korrekturen an den von der Planungsverwaltung der Stadt Dortmund vorgelegten Handlungsempfehlungen zur Anwendung des Bau-Turbos, damit der Bau-Turbo auch in Dortmund zünden kann und der Bau bezahlbarer Wohnungen angekurbelt wird. Unser planungspolitischer Sprecher und stellv. Fraktionsvorsitzender **Uwe Waßmann** betont: „Wir wollen im Umgang mit den Möglichkeiten des Bau-Turbos eine Kultur des Ermöglichens und keine Verhinderungskultur, die wir in den Handlungsempfehlungen der Verwaltung erkannt haben“. Die Vorlage aus dem Planungsdezernat war geprägt von Vorbehalten und Einschränkungen. Rückmeldungen aus der Wohnungs- und Bauwirtschaft bestätigten unseren Eindruck. Dazu **Waßmann**: „Ziel des Bau-Turbos ist es, den Kommunen bei der Genehmigung von Bauvorhaben größere Spielräume einzuräumen, um schneller zusätzlichen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Angesichts des hohen Drucks auf den Dortmunder Wohnungsmarkt begrüßen wir den Bau-Turbo und sprechen uns für eine entschlossene und praxisnahe Anwendung aus. Die von der Planungsverwaltung der Stadt Dortmund in der ursprünglichen Fassung vorgelegten Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Bau-Turbos wurden den damit verbundenen Zielen der CDU-geführten Bundesregierung nicht gerecht. Die mit dem Bau-Turbo eröffneten Möglichkeiten, vom zeitaufwändigen Planungsrecht ausnahmsweise abzuweichen, um schneller neue Wohnungen zu bauen, Wohngebäude zu erweitern, aufzustocken und Bestandsgebäude in Wohnraum umzuwidmen, wurden nicht ausreichend genutzt. Wir freuen uns,

dass es uns gelungen ist, im Rat eine Mehrheit für die von uns angestrebten Korrekturen zu gewinnen, damit der Bau-Turbo auch in Dortmund Tempo entfalten kann.“

Die zentralen Punkte, die wir mit unserem Antrag konkretisiert und durchgesetzt haben:

Eine vorgeschaltete informelle Abstimmung mit der Verwaltung muss künftig spätestens nach drei Monaten abgeschlossen sein – damit werden Verzögerungen durch langwierige Prozesse verhindert. Die informelle Vorabstimmung ist zudem lediglich ein Angebot der Verwaltung und keine zwingende Verfahrensvoraussetzung. Die entsprechenden Passagen in der ursprünglichen Vorlage, die Bauanträge ohne vorherige Verwaltungsabstimmung faktisch blockiert hätten, wurden ersatzlos gestrichen. Darüber hinaus haben wir eine verbindliche Zuständigkeitsregelung eingefordert, um Rechtsunsicherheit und Verzögerungen zu vermeiden, sowie ein Kommunikationskonzept gegenüber Öffentlichkeit und Investoren für mehr Transparenz. Städtebauliche Aspekte sollen zwar weiterhin berücksichtigt werden – aber mit Augenmaß und im Sinne des Bau-Turbos, ohne überzogene Forderungen an Investoren.

Uwe Waßmann ergänzt: „Für uns ist eins klar: Der Bau-Turbo muss als konstruktives Werkzeug genutzt werden. Der Druck auf den Dortmunder Wohnungsmarkt ist immens. Das Ziel muss eine echte Ermöglichungskultur sein – und kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand.“

Innen- vor Außenentwicklung

Darüber hinaus haben wir die Vervaltung mit der Erarbeitung und Umsetzung einer gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie beauftragt. Nach der aktuellen Bevölkerungsstatistik leben in Dortmund rund 612.000 Menschen. Daraus resultiert ein hoher Bedarf an Flächen für Wohnen, Gewerbe und den sog. Gemeinbedarf, worunter u. a. Schulen, Kitas, Bibliotheken, soziale Einrichtungen und Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen fallen. Dies zeigt auf, dass verfügbare Flächen innerhalb der Stadtgrenzen ein knappes Gut sind. Konkurrierende Nutzungsinteressen führen zudem zu Nutzungskonflikten. Gefragt ist hier deshalb eine nachhaltige und flächenschonende Weiterentwicklung unserer Stadt nach dem Prinzip des Vorrangs der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. **Uwe Waßmann**: „Deshalb sehen wir großen Sinn in der in Auftrag gegebenen gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie zur Identifizierung von Potenzialen im Innenbereich, mit dem Ziel, die Inanspruchnahme von Freiflächen im



Foto: CDU-Ratsfraktion

Außenbereich zu reduzieren. Es geht darum Bereiche zu identifizieren, die sich aus Stadtentwicklungsicht besonders für eine Innenentwicklung eignen. Darüber hinaus sollen Leitlinien entwickelt werden, die bei Innenentwicklungsmaßnahmen berücksichtigt werden sollen, um städtebauliche Defizite zu vermeiden und eine qualitätsvolle Entwicklung zu sichern.“ Da es allein mit der Identifikation von Innenentwicklungspotenzialen nicht getan ist, soll die Verwaltung zugleich Strategien und Maßnahmen zu deren Aktivierung entwickeln.

Bau-Turbo: Vom Büro zum Wohnraum

Um in Sachen Bau-Turbo auch direkt ins Handeln zu kommen, haben wir im Rat der von einem Investor beantragten Nutzungsänderung der ehemaligen VEW-Zentrale am Rheinlanddamm zugestimmt, damit die alten Büroflächen in Wohnraum umgewandelt werden können. Dies zeigt, was möglich ist, wenn der Wille da ist und die Rahmenbedingungen stimmen.

Konkret kann dadurch aus der ehemaligen VEW-Zentrale, einer ungenutzten Büroimmobilie der Superlative, dringend benötigter Wohnraum für Menschen, die in Dortmund leben wollen, entstehen. **Waßmann** verdeutlicht: „Mehr als 200 neue Wohnungen könnten mit Unterstützung des Bau-Turbos in den vier Türmen der früheren VEW-Verwaltung geschaffen werden. Dies kann Maßstäbe setzen – nicht nur für Dortmund, sondern für die gesamte Region.“

Genau deshalb kämpft die CDU-Fraktion dafür, dass der Bau-Turbo in Dortmund richtig zündet. Was wir brauchen, ist keine Verhinderungskultur, sondern eine des Ermöglichens: schnelle Verfahren, klare Zuständigkeiten und mutige Entscheidungen.

Masterplan Mobilität 2030 – Teilkonzept ÖPNV: Pläne sind gut, entscheidend ist allerdings ihre Umsetzbarkeit



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund setzt sich für Modernisierung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Dortmund ein. Gerade deshalb haben wir uns auch für eine realistische Umsetzung des Stadtbahnentwicklungskonzeptes eingesetzt. Mit

dem gleichen Anspruch nach einer realistischen Umsetzung, hat sich die Fraktion mit der Vorlage zum Masterplan Mobilität „Teilkonzept ÖPNV“ beschäftigt, die im Stadtrat mit den Stimmen der CDU-Fraktion verabschiedet worden ist. Weil die Frage nach der Finanzierung der Maßnahmen indes offenbleibt, ist es wichtig, die Umsetzung der Maßnahmen mit dem notwendigen Verantwortungsbewusstsein anzugehen. „Bereits heute kommt der ÖPNV nicht ohne Zuschüsse aus. Das Defizit im Jahre 2024 lag bei 100 Mio. Euro, deshalb ist eine Ausweitung des Angebotes unter zurzeit gegebenen Rahmenbedingungen nicht möglich“, meint **Christian Barrenbrügge**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Für die Fraktion ist es eine Frage der Verantwortung, mit Mitteln aus Steuergeldern verantwortungsvoll umzugehen. Im Umkehrschluss bedeutet dies auch, dass nur für Projekte, die absehbarm umsetzbar sind, Mittel bereitgestellt werden können.

Ziel ist es, nicht nur nachhaltige und umwelt-schonende Verkehrsmittel zu stärken, sondern mit Dortmund eine Metropole zu schaffen, deren Verkehrsteilnehmer vermehrt auf sog. vernetzte Mobilität setzen. Gemeint sind hier vor allem teilbare Verkehrsmittel oder die Möglichkeit des schnellen Umstieges zwischen unterschiedlichen Beförderungsmitteln. Modernisierung und Anpassung des innerstädtischen Verkehrs sind notwendig geworden, weil sich nicht nur die Bevölkerungszahl in den vergangenen Jahren verändert hat, sondern sich auch die Ansprüche an Mobilität verändert haben.

„Für die Umsetzung des Masterplans Mobilität müssen wir uns noch einmal vertieft mit Finanzierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen beschäftigen“, bekräftigt auch **Christian Barrenbrügge**. Er meint: „Die von der Verwaltung vorgeschlagene Finanzierung, nach der Besitzer von Immobilien, Arbeitgeber, Touristen und Bürgerinnen und Bürger durch Einführung einer zusätzlichen

Abgabe an den Kosten des ÖPNV beteiligt werden sollen, ist keine realistische Option, denn sie zielt auf eine einfache Mehrbelastung der Dortmunder ab. Wir wünschen uns von der Verwaltung allerdings eine Lösung, die über das vorgeschlagene Konzept hinausgeht.“ Es braucht Lösungen, in deren Rahmen weitergedacht wird. Deshalb ist für die CDU-Fraktion klar: Den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern müssen Konzepte präsentiert werden, die sich realistisch umsetzen lassen und diese zugleich nicht zu stark belasten. Es braucht Nachschärfung, daher wird sich die Fraktion auch weiterhin für eine umsetzbare Modernisierung der Dortmunder Verkehrslandschaft einsetzen.

Stadtbahnentwicklungskonzept: Modernisierung der Stadtbahn bedingt eine klare Priorisierung!

„Viele Menschen in Dortmund nutzen die Stadtbahn täglich. Deshalb ist klar, dass es eine Anpassung dieses wichtigen Verkehrsmittels nicht nur an die Bedingungen des Verkehrs einer modernen Großstadt, sondern auch an die Bedürfnisse der Dortmunderinnen und Dortmunder braucht“, erklärt **Christian Barrenbrügge**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Dortmund.

Die CDU hat deshalb der Umsetzung des Stadtbahnentwicklungskonzeptes zugestimmt, sich zugleich aber für eine klare Schwerpunktsetzung ausgesprochen. Zu diesem Zweck hat die Fraktion die Vorlage mit einem Zusatzantrag ergänzt. „Uns war es wichtig, ein realistisch umsetzbares Konzept vorzulegen, das zu einer nachhaltigen Modernisierung des Dortmunder ÖPNV beiträgt“, erklärt **Barrenbrügge** mit Blick auf den Zusatzantrag. Das ursprüngliche Konzept umfasst 42 Maßnahmen, von denen 23 als prioritär bewertet wurden. „Problematisch ist, dass viele Maßnahmen sehr teuer und damit nicht finanzierbar sind oder bei Umsetzung die Umwelt zu stark belasten würden“, führt



Foto: CDU-Ratsfraktion

Christian Barrenbrügge zu den Beweggründen, die die Fraktion während den Beratungen geleitet haben, aus. Der Fraktion ist es wichtig, die Arbeit auf Maßnahmen zu konzentrieren, die sich auch wirklich umsetzen lassen.

Die von der Fraktion als prioritär bewerteten Maßnahmen umfassen: Einen besonderen Nachdruck auf Maßnahmen, die der Barrierefreiheit und Betriebsstabilisierung zugutekommen. Gesetzlich verpflichtende Maßnahmen müssen ebenso vor-

rangig behandelt werden wie Optimierungen im Netzbetrieb – weniger Verspätungen und mehr Zuverlässigkeit. Nutzen, der sofort sichtbar ist.

Außerdem soll die Anbindung des brachliegenden Areals der früheren Hoesch-Spundwand und Profil GmbH (HSP) an der Rheinischen Straße per H-Bahn ausgesetzt werden, dafür aber zwei sinnvolle Maßnahmen mit Nachdruck verfolgt werden. **Christian Barrenbrügge** führt dazu aus: „Die Pläne für die Entwicklung der ehemaligen HSP-Fläche zum Zukunftsquartier ‚Smart Rhino‘ liegen auf Eis. Eine Nutzung des Geländes ist noch nicht absehbar, deshalb wollen wir freigewordene Ressourcen an anderer Stelle effizient einsetzen.“ Im Gegenzug soll die überlastete Haltestelle Theodor-Fliehdner-Heim und die Verlängerung der U44 nach Kirchderne mit größerem Nachdruck verfolgt werden – bei beiden handelt es sich nicht nur um nachgefragte Projekte, sondern auch um solche, die sich realistisch umsetzen lassen.

Ebenso sollten nach unseren Vorstellungen sieben teure Maßnahmen nicht weiterverfolgt werden. Flughafenanbindung, mehrere Verlängerungen der Stadtbahn in andere Stadtteile – massive Kosten, unklare Förderung und oft massive ökologische Auswirkungen. Das sind Projekte für bessere wirtschaftliche Zeiten. Damit konnten wir uns nicht gänzlich durchsetzen.

Wir wollen einen stärkeren ÖPNV. Aber einen, der auch umgesetzt wird – nicht einen, der in Planungs-schubladen verschwindet. Konzentrieren wir uns auf das, was funktioniert: barrierefreie Haltestellen, Betriebsoptimierung, realistische Stadtahnverlängerungen. Das ist keine Bremserei – das sind Realismus und Verantwortung!

Die Verwaltung wird die weitere Stadtbahnentwicklung jetzt mit diesen Prioritäten bearbeiten. Das ist der richtige Weg: ambitioniert, aber realistisch. Für mehr ÖPNV, den Dortmund auch tatsächlich nutzen kann.

Umbau der Sonnenstraße zum Radschnellweg Ruhr RS1: Parkraumproblematik bleibt ungelöst.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Der Rat hat den Bau des nächsten Abschnitts des Radschnellwegs Ruhr RS1 auf Dortmunder Stadtgebiet beschlossen. Die Sonnenstraße wird zwischen der Arneckestraße und der Chemnitzstraße zur Fahrradstraße ausgebaut. Zur Erfüllung der Vorgaben und Standards für Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten werden von den heute verfügbaren 240 öffentlichen Parkplätzen entlang der Sonnenstraße voraussichtlich nur 64 übrig bleiben.

Die CDU-Fraktion ist angesichts des ohnehin schon hohen Parkdrucks in diesem Bereich, an dem sich Klinik-, Saarlandstraßen- und Kreuzviertel schneiden, nach wie vor unzufrieden mit den Ergebnissen der von der Verwaltung geprüften Möglichkeiten, die 176 wegfallenden Parkplätze zu ersetzen.

Ersatzloser Wegfall der Parkmöglichkeiten ist realitätsfremd

Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erläutert die Gründe für die Haltung der CDU: „Die von der Ver-

waltung aufgezeigten Kompensationsvorschläge lösen nicht den hohen Parkdruck in diesem Stadtteil, an dem sich Klinik-, Saarlandstraßen- und Kreuzviertel schneiden, in dem Menschen wohnen, arbeiten, Handel treiben, Dienstleistungen anbieten oder auch ihre Freizeit gestalten wollen, in dem bis auf Weiteres noch der Campus Sonnenstraße der FH beheimatet ist und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft sich mehrere Kliniken befinden. Die Parkraumsatzsuche der Verwaltung wirkt wie ein Placebo. Hier muss noch nachgelegt werden. Es löst bei mir Kopfschütteln aus, wenn die Verwaltung darauf verweist, dass es kein Anrecht auf einen Stellplatz im öffentlichen Straßenraum gibt und privater Parkbedarf in erster Linie auf privaten Flächen abzudecken ist. Schon klar, nur, wo stehen private Flächen in der Innenstadt zur Verfügung? Die Menschen erwarten doch, dass sich Politik und Verwaltung an der Lebenswirklichkeit ausrichten und daran orientiert Lösungen entwickeln. Das Fortbewegungsmittel erster Wahl ist nach wie vor das Auto, ob es mir gefällt oder nicht.“

Zur Kompensation der wegfallenden Stellplätze werden folgende Möglichkeiten aufgezeigt:

- Einrichtung einer Bewohnerparkzone „Kreuzviertel“ und Zusammenschluss der bereits bestehenden vier Bewohnerparkzonen „Chemnitzstraße I-IV“ zu einer großen Bewohnerparkzone. Bis zu 50 % der Parkplätze werden tagsüber dauerhaft für Anwohner mit Bewohnerparkausweis reserviert. Bewohnerparkausweise kosten bislang 30,70 Euro pro Jahr. Gebührenanpassungen stehen im Raum.
- Kapazitäten zweckentfremdeter, ungenutzter privater Garagen heben, die statt für das Parken als Lagerraum verwendet werden. Die Verwaltung räumt allerdings ein, dass die vor Jahrzehnten gebauten Garagen teilweise im Kellergeschoss liegen und entsprechend nur über steile Zufahrten zu erreichen sind, an denen moderne Fahrzeuge scheitern. Hinzu kommt, dass die Verwaltung personell gar nicht in der Lage ist, flächendeckende Kontrollen durchzuführen.
- ggf. entgeltliches Nachtparken auf dem Netto-Parkplatz an der Hohen Straße
- ggf. entgeltliches Nachtparken am Klinikum (100 Stellplätze)
- ggf. 15 Nachtstellplätze an der FH
- Verweis auf Veränderung der Verkehrsmittelwahl, wie z. B. Carsharing und Nutzung des ÖPNV

CDU fordert mehr Engagement bei Quartiersgaragen.

„Absolut unbefriedigend und unverständlich ist es, dass die Errichtung von Quartiersgaragen unserem Eindruck nach von der Verwaltung nur halbherzig verfolgt wird. Dabei wurde extra eine interfraktionelle Arbeitsgruppe als politisches Begleitgremium für die Themen Quartiersgaragen und Parken eingerichtet. Quartiersgaragen sind politisch gewollt,“ kom-

mentiert **Uwe Waßmann**, dass der Bau von Quartiersgaragen im Bereich Sonnenstraße nach Ansicht der Verwaltung kein Lösungsansatz ist. „Wenn keine öffentlichen Flächen dafür zur Verfügung stehen, müssen Private ins Boot geholt werden“, fordert **Waßmann**.

Bewohnerparkzonen kein Allheilmittel.

Der **planungspolitische Sprecher** der CDU kritisiert zudem, dass die Verwaltung vor allem auf Bewohnerparkzonen setzt. „Bewohnerparkzonen sehen auch wir als einen Baustein zur Lösung des hohen Parkdrucks in den Innenstadtquartieren an. Bewohnerparkzonen sind aber kein Allheilmittel. Sie entschärfen die Situation nur dann, wenn zugleich Lösungen gefunden werden für den dadurch verdrängten Parkplatzsuchverkehr. Verdrängt werden kann nur, wenn es angemessene Ausweichmöglichkeiten gibt. Die unfunktionale Einrichtung von Bewohnerparkzonen in Quartieren mit hohem Parkdruck verschärft die Situation. Man denke nur an die Studierenden und Angestellten der FH Dortmund oder die Beschäftigten der Kliniken. Auch deshalb sind Quartiersgaragen aus unserer Sicht so wichtig.“

Radschnellweg Ruhr: Der Teufel steckt im Detail

Abschließend stellt **Waßmann** klar: „Die CDU-Fraktion steht hinter dem ‚Ruhrschnellweg‘ für den Radverkehr. Der geplante Radschnellweg Ruhr auf mehr als 100 km von Moers über Dortmund bis nach Hamm ist von der Idee her ein großartiges Projekt für ein sicheres, flüssiges und komfortables Radfahren quer durch den Ballungsraum Ruhrgebiet. Wie häufig, steckt der Teufel allerdings im Detail. Eben weil es um eine Radverbindung durch den größten Ballungsraum Deutschlands mit mehr als 5 Millionen Einwohnern geht, verläuft die Trassenführung zwangsläufig durch dicht besiedelte Gebiete, wie zum Beispiel bei dem vom Rat beschlossenen Umbau der Sonnenstraße zwischen der Arneckestraße und der Chemnitzstraße. Dies birgt Konfliktstoff, der vernünftig gelöst werden muss.“

Der Countdown läuft: „Wie wollen wir morgen leben?“ – Internationale Gartenausstellung Ruhrgebiet 2027 vom 23.4. bis 17.10.2027

Gut ein Jahr vor dem Start der der Internationalen Gartenausstellung Ruhrgebiet 2027 (IGA 2027) lag uns im Rat ein aktueller Sachstandsbericht vor. Die Fragestellung „Wie wollen wir morgen leben?“ ist das Leitmotiv der IGA 2027, bei der sich alles um die Zukunftsthemen Klimaschutz, Mobilität, Stadtgrün und Lebensqualität dreht.

Zukunftsgarten Dortmund

Zentraler Ausstellungsbeitrag unserer Stadt ist der eintrittspflichtige, rund 46 Hektar große „Zukunftsgarten“ in Huckarde und Mengede, der sich vom Gelände der ehemaligen Kokerei Hansa über den Deusenberg bis hin zum Nahverkehrsmuseum Mooskamp erstrecken wird.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion steht von Anfang an und unverändert mit voller Überzeugung hinter dem Dekadenprojekt IGA 2027. „Die IGA geht in ihrer Bedeutung weit über eine reine Leistungsschau des Garten- und Landschaftsbaus hinaus. Die IGA treibt in einem normals industriell genutzten Bereich die Stadterneuerung, die viel beschworene ‚Transformation‘ voran. Es wird auf altem Industriearreal etwas Neues, etwas Bleibendes geschaffen, das über das IGA-Jahr 2027 hinauswirkt“, betont **Uwe Waßmann**, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Bedeutung der IGA für die Stadtentwicklung in Dortmund. Anders als in den beiden anderen eintrittspflichtigen Zukunftsgärten in Duisburg („Rheinpark“) und Gelsenkirchen („Nordsternpark“), wo die IGA in weiten Teilen auf bestehenden Parkanlagen aufgesetzt wird, entsteht in Dortmund nördlich der Kokerei Hansa eine ganz neue öffentliche Grünanlage. Diese wird über das ebenfalls neue Brückenbauwerk „Haldensprung“ mit dem Naherholungsbereich Deusenberg verbunden.



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Dort, wo über 64 Jahre bis zur Stilllegung im Jahr 1992 rund um die Uhr die Koksproduktion in der erstmals größten Kokerei des Ruhrgebiets auf Hochtouren lief, entsteht im Zuge der IGA 2027 mit dem ‚Kokereipark‘ ein 14 ha großer Freizeit- und Erlebnisraum, der nicht nur die angrenzenden Stadtteile aufwertet und deren Lebensqualität steigert“, erläutert **Uwe Waßmann**. „Nach der IGA 2027 werden die weitläufigen Grünflächen mit ihren verschiedenen Spiel- und Sportangeboten von Fußball und Basketball bis hin zu Parkour und Pumptrack für die Allgemeinheit frei zugänglich sein und zu einem attraktiven Freizeit- und Ausflugsziel für die Dortmunderinnen und Dortmund und die Menschen in der Region werden,“ ist sich **Uwe Waßmann** sicher.

Die IGA 2027 löst in unserer Stadt Investitionen von rund 61 Mio. Euro aus. Kräftig investiert wird auch in die Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der bestehenden Parkanlagen wie den Fredenbaum-park, den Westfalenpark und den Rombergpark.

Aufwertung des Deusenbergs wird wegen Deponievergangenheit teurer

Der „Haldensprung“, eine 160 Meter lange Brücke für Fuß- und Radverkehr wird künftig das Industrie-denkmals Kokerei Hansa und den neu entstehenden Kokereipark mit dem Deusenberg und damit die beiden Stadtteile Huckarde und Deusen verbinden.

Der Deusenberg als reaktivierte Müllhalde stellt seit Jahren einen beliebten Naherholungs- und Freizeitort im Dortmund-Norden dar. Von der Kuppe des Deusenbergs eröffnet sich ein einzigartiger Rundumblick auf die Dortmunder Skyline und das Umland. Anlässlich der IGA 2027 soll der Deusenberg u. a. durch den Ausbau von Wegen, den Bau von Aussichtsplattformen und der Einrichtung einer

Laufstrecke mit naturnahen Fitnessangeboten aufgewertet und noch attraktiver werden.

„Dilettantisch und ärgerlich ist der Hintergrund eines Kostenerhöhungsbeschlusses zur Weiterentwicklung des Deusenbergs als Freizeit- und Naherholungsraum im Rahmen des IGA 2027-Zukunftsgartens Dortmund rund um die Kokerei Hansa“, zeigt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Sascha Mader** wenig Verständnis für eine Vorlage des Planungsdezernenten der Stadt. Die Kosten für die Umgestaltung des Deusenbergs erhöhen sich danach um rd. 1,5 Mio. Euro auf fast 4,6 Mio. Euro. Ein wesentlicher Grund für die Kostensteigerung liegt in der schlechten Bodenbeschaffenheit der ehemaligen Mülldeponie Deusenberg, die den Aufwand für die Anlage von Wegen, Treppen und Aussichtsplattformen nach oben getrieben hat. Eine der geplanten Hauptattraktionen des Deusenbergs, die sog. Himmelschaukeln, lässt sich wegen zu umfangreicher Bodenarbeiten zur Stabilisierung des Untergrundes und der damit verbundenen unverhältnismäßigen Baukosten gar nicht realisieren. „Dies ist, wenn man bedenkt, dass uns vor sechs Jahren eine erste Umsetzungsmachbarkeitsstudie vorgelegt wurde, extrem ärgerlich und wirft die Frage auf, wie blauäugig man vonseiten der Planungsverwaltung auf das ehemalige Deponiegelände geblickt hat. Jedem vernünftig denkenden Menschen drängt sich der Gedanke auf, dass der Untergrund des Deusenbergs wegen seiner Vorgeschichte eine problematische Stabilität und Tragfähigkeit haben könnte: Auf der Deponie wurden über Jahrzehnte Schutt, Trümmer, Haus- und Industrieabfälle abgelagert“, drückt **Sascha Mader** die Unzufriedenheit der CDU mit der Herangehensweise an den Deusenberg aus. Die CDU-Fraktion hat der Kostenerhöhung mit der

Faust in der Tasche im Interesse an einem erfolgreichen Ausstellungsbeitrag unserer Stadt zur IGA 2027 zugestimmt.

Rat beschließt gegen die Stimmen der CDU eine Budgeterhöhung für IGA Durchführungsgesellschaft

„Nein haben wir zur Forderung der IGA-Durchführungsgesellschaft gesagt, das mit rund 93 Mio. aus-gestattete Gesamtbudget der IGA Ruhrgebiet vor dem Startschuss noch einmal kräftig um 15 Mio. Euro zu erhöhen“, erklärt Haushaltspolitiker **Mader**. Auf der Grundlage einer Besucherstudie aus dem Jahr 2022 wurde bislang immer mit 2,6 Mio. Besuchern kalkuliert. Nun wird auf Ebene der mit der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der IGA 2027 betrauten Durchführungsgesellschaft „IGA 2027 Ruhrgebiet gGmbH“ mit 3,1 Mio. Besuchern gerechnet. Dies, so die vermeintliche Logik, müsse zu entsprechenden Anpassungen der bislang geplanten Infrastruktur (z. B. Eingänge, Kassen, Gastronomie, Toiletten, Service, Verkehrsinfrastruktur, etc.) führen, damit diese auch leistungsfähig sei und die Besuchererwartung bewältigen könne.

„Diese Einschätzung teilen wir nicht“ stellt **Mader** fest und begründet die Ablehnung der Budgeterhöhung durch die CDU-Fraktion: „Wir würden uns freuen, wenn sich die IGA tatsächlich zum Besuchermagneten entwickeln und alle Erwartungen übertreffen würde. Wir sind aber davon überzeugt, dass dafür nicht alles auf den letzten Metern noch einmal in größeren Dimensionen gedacht werden muss. Wir denken, dass sich größere Besucherströme im bislang geplanten Rahmen abbilden lassen.“

Deshalb habe die CDU-Fraktion der entsprechenden Verwaltungsvorlage nicht zugestimmt. SPD, Grüne und Linke, so **Mader**, hätten sich von ihrer Zustimmung für die Budgeterhöhung nicht abbringen lassen, sodass diese im Rat trotz der bekanntermaßen angespannten Dortmunder Haushaltssituation eine Mehrheit gefunden habe. Die Stadt Dortmund ist an der IGA gGmbH aktuell mit 13,1% beteiligt.

Dortmunder Wirtschaft profitiert von Investitionen

„Insgesamt“, erläutert der finanzpolitische Sprecher **Mader**, „werden nach den uns vorliegenden Informationen in den IGA 2027-Zukunftsgarten Dortmund rund um die Kokerei Hansa zirka 46,4 Mio. Euro investiert. Fast 60% der Kosten sind durch Fördermittel gedeckt. Wichtig ist uns, dass auch die Dortmunder Wirtschaft von den Investitionen profitiert. Etwa 37% der Aufträge wurden nach unserem Kenntnisstand an Dortmunder Firmen vergeben.“

In die bestehenden Parks und Gärten Dortmunds werden bis zur Eröffnung der IGA 2027 weitere rund 10,8 Mio. Euro investiert.“

Stadt sichert sich Vorkaufsrecht im östlichen Brückviertel zwischen Brückstraße und Kuckelke

Das Brückviertel ist in der Wahrnehmung der einen ein hippes Szeneviertel. Für andere zeigt sich in der Brückstraße und den angrenzenden Bereichen wie unter einem Brennglas all das, was gemeinhin mit dem Niedergang der Innenstädte verbunden wird. Eins jedenfalls ist sicher: Das Brückviertel hat Entwicklungspotenzial, wenn es richtig angepackt wird.

„Damit die Stadt ihren Einfluss auf die weitere Entwicklung dieses besonderen City-Quartiers nicht verliert und die Stadt auch zukünftig die Entfaltung dieses Viertels zum Kultur-, Ausgeh- und Szeneviertel mitsteuern kann, haben wir der Vorkaufsrechtsatzung für den Bereich des östlichen Brückviertels zwischen Brückstraße und Kuckelke zugestimmt, nachdem bekannt geworden ist, dass möglicherweise bis zu 12 Immobilien im Brückstraßenviertel auf dem Immobilienmarkt zum Kauf angeboten werden

könnten“, erklärt der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann**.

Der Rat hatte die Verwaltung bereits 2023 mit der Prüfung beauftragt, ob in diesem Bereich städtebauliche Missstände vorliegen, die städtebauliche Sanierungsmaßnahmen rechtfertigen. Durch das Vorkaufsrecht soll gewährleistet werden, dass keine städtebaulichen Entwicklungen und Aktivitäten stattfinden, die die Erreichung von Sanierungszielen gefährden, erschweren oder verhindern. Dabei geht es beispielsweise um die Attraktivitätssteigerung des Quartiers durch ein vielfältiges Nutzungsangebot, um die Verbesserung innerstädtischen Wohnens, um die Beseitigung von Leerständen und die Modernisierung und Aufwertung der Gebäudebestände sowie nicht zuletzt um die Schaffung neuer Aufenthaltsqualitäten.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Comic-Museum Dortmund: CDU-Fraktion begrüßt den Ausbau der Dortmunder Museen- und Kulturlandschaft



Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmunds Rolle als Kulturstadt betonen und die Museumslandschaft zu entwickeln, sind der CDU-Fraktion wichtige Anliegen. „Wir begrüßen die Weiterentwicklung des schauraum: comic + cartoon zu einem eigenständigen Comic-Museum. Dadurch wird die Dortmunder Museumslandschaft nicht nur eine Aufwertung erfahren, sondern vor allem ein Alleinstellungsmerkmal erhalten“, sagt **Ute Mais**, Bürgermeisterin und kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Dortmund. Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit hat die Kulturbetriebe der Stadt Dortmund beauftragt, mit der Planung zu beginnen. Später soll dem Rat der Stadt ein detailliertes Planungskonzept zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden. Die CDU-Fraktion war es, die das nun vorliegende Kurzkonzept mit einem Antrag zum Doppelhaushalt 2025/26 eingefordert hatte.

„Comics sind mehr als nur reine Unterhaltung, sie sind ein Teil unserer Kultur und auch der Zeitegeschichte. In diesem Sinne sind sie auch ein Abbild der Menschen und ihrer Zeit“, meint auch **Ute Mais**. Der seit 2019 bestehende „schauraum“ hat mit erfolgreichen Ausstellungen und Bildungsangeboten

bereits bewiesen, welches Potenzial dieses Thema für Dortmund hat. Allein die Simpsons-Ausstellung im Jahr 2024 zog rund 30.000 Besucherinnen und Besucher an.

Aufbauend auf dieser Grundlage soll nun in Dortmund das erste Comic-Museum entstehen. Neben einer Dauerausstellung, die sich der Geschichte, Kunst und Bedeutung des Comics widmet, soll es in diesem auch wechselnde Ausstellungen zu aktuellen und gesellschaftspolitischen Themen geben. Für die CDU-Fraktion ist klar: Das neue Museum ist eine große Chance für die Kulturstadt Dortmund, nicht nur, weil sich so neue Zielgruppen ansprechen lassen, sondern auch, weil es sich um einen Beitrag zur Aufwertung der Innenstadt handelt. **Ute Mais** erklärt: „Das Museum kann ein offener Begegnungsort sein, der vielen Interessierten einen Zugang zu Kultur ermöglicht und darüber hinaus Dortmund bundesweit sichtbar macht.“ Mit einem Standort in der Innenstadt könnte das Comic-Museum helfen, eine neue „Museumsmeile“ zu etablieren.

Schwimmen, Laufen, Springen: Dortmund investiert in seine Sportstätten

Unsere kommunalen Sportstätten leiden seit Jahren unter enormen Sanierungsstau, veralteter Technik in Hallen und Bädern, sowie den chronisch knappen Haushaltsmitteln.



Foto: iStock.com/cookkelma

Deshalb unterstützen wir die Anmeldung der Dortmunder Hallen- und Freibäder für das Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ ausdrücklich. Hintergrund ist, dass die Bundesregierung den Kommunen mit dem Förderprogramm über eine Projektlaufzeit von bis zu sechs Jahren 250 Mio. EUR Finanzmittel für die Sanierung von Schwimmbädern zur Verfügung stellt. Unsere sportpolitische Sprecherin, **Ute Mais** hebt hervor: „Damit eröffnet sich die Chance, Fördermittel für die Modernisierung, energetische Sanierung und den Erhalt der Dortmunder Bäderlandschaft nach Dortmund zu holen und somit den Fortbestand der Sport- und Freizeitangebote sichern zu können.“

Besonders wichtig ist aus Sicht der CDU-Fraktion, dass neben der Sanierung bestehender Bäder auch der Ersatzneubau des Nordbades entschlossen vorangetrieben wird. Denn wir brauchen moderne, energetisch effiziente und barrierefreie Schwimmbäder für den Schul- und Vereinssport sowie die Freizeitgestaltung in unserer Stadt.

Ausbau des Leichtathletikstadions Hacheney

Neben dem Erhalt und dem Ausbau der kommunalen Bäder kann nun außerdem auch die zweite Ausbaustufe des Leichtathletikstadions in Dortmund Hacheney starten. Wir haben grünes Licht für die Erweiterung des Stadions gegeben. Diese sieht ein Mehrzwecksportfeld mit einer Mehrfachnutzung



Foto: CDU-Ratsfraktion

für Weitsprung, Kurzsprintstrecken, Stabhochsprung und einer weiteren Hochsprungmatte vor. Außerdem soll eine weitere kleine Tenisfläche für Kugelstoßen entstehen. Für die Wurfdisziplinen Speer-, Hammer- und Diskuswurf ist im Anschluss an das Mehrzwecksportfeld ein separater Wurfplatz geplant. Denn die Leichtathletik besitzt in unserer Stadt einen festen Platz und gilt als eine der traditionsreichsten und erfolgreichsten Säulen des lokalen Sports. „Wir wünschen uns, dass Dortmund Athleten weiterhin Sportgeschichte schreiben. Wir können nur wenig dazu beitragen, aber das tun wir: Wir unterstützen gute Rahmenbedingungen für Training und Wettkampf in modernen Sportstätten“, betont **Ute Mais**.

Die wichtigste Trainings- und Wettkampfstätte der Dortmunder Leichtathleten war viele Jahrzehnte das Stadion Rote Erde. Wegen der zunehmenden Nutzung des Stadions Rote Erde für Zwecke des BVB, die zur Folge hatte, dass der Trainings- und Wettkampfbetrieb der Leichtathleten immer beeinträchtigt war, haben wir uns 2016 dafür entschieden, den Leichtathleten am Standort der Bezirkssportanlage Hacheney eine zweite Heimat zu geben. Der Umbau der Bezirkssportanlage zum reinen Leichtathletikstadion sollte eigentlich in drei Ausbaustufen erfolgen. In Abstimmung mit der Dortmunder Leichtathletik kann auf die dritte Ausbaustufe, die die Errichtung einer zusätzlichen Tribünenanlage mit Funktionsräumen vorsah, verzichtet werden. „Dies ist möglich, weil im Zuge der jetzt von uns beschlossenen Ausbaustufe, die im westlichen Teil der Anlage gelegene Stehtribünenanlage im mittleren Bereich eine Überdachung erhält und im

östlichen Stadionbereich neue Sanitär- und Lagerbereiche entstehen werden“, erklärt **Ute Mais**. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 2,5 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt u. a. aus Mitteln der vom Land NRW für die Sportstätteninfrastruktur zur Verfügung gestellten Sportpauschale. Darüber hinaus wird eine Förderung über das Förderprogramm der CDU-geführten Bundesregierung zur „Sanierung kommunaler Sportstätten (Sportmilliarde)“ angestrebt.

Übungsleitungs-Offensive: Große Resonanz aus dem Dortmunder Vereinssport

Das Land Nordrhein-Westfalen investiert seit Beginn 2026 eine Million Euro gezielt in die Ausbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern, Trainerinnen und Trainern, Sporthelferinnen und Sporthelfern sowie weiterem qualifizierten Anleitungspersonal in Sportvereinen. Mit bis zu 500 Euro pro Ausbildung können alle 54 Stadt- und Kreissportbünde im Land von dem Programm profitieren.



Foto: iStock.com/Drazen Zigic

Die Resonanz war enorm: Seit Jahresbeginn sind landesweit fast 3.800 Anträge eingegangen – so viele, dass die Antragstellung inzwischen vorerst pausiert. Allein aus Dortmund haben 51 Vereine Anträge gestellt. Davon profitieren unterschiedliche Sportarten – von Handball, Fußball und Schwimmen bis hin zu Kraftdreikampf und Ringen. Auch zahlreiche Anträge für eine sportartenunabhängige Breitensportlizenz wurden eingereicht.

Die enorme Nachfrage macht deutlich: Der Bedarf in der Vereinslandschaft ist riesig und das Ehrenamt braucht gezielte Unterstützung.

Ute Mais, sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, bringt es auf den Punkt: „Wir sind überzeugt: Solche Programme sollten fortgeführt und ausgebaut werden, denn starke Vereine sind das Herzstück unserer Stadtgesellschaft. Starke Vereine brauchen starke Menschen dahinter. Als CDU-Fraktion Dortmund unterstützen wir genau das.“



Foto: iStock.com/StockPlanets

Erneuerung des Sportparks Scharnhorst kann 2027 beginnen

Anfang 2027 könnte der Startschuss für den Bau des „neuen“ Sportparks Scharnhorst fallen. In der Ratssitzung vom 28.05.2026 haben wir mit dem Baubeschluss dafür grünes Licht gegeben. Das Konzept setzt auf Nutzungsvielfalt, und gliedert sich deshalb in drei „Landschaften“, die für alle Generationen Spiel-, Sport- und Aufenthaltsangebote schaffen. Im Innern des Sportparks liegt die „Spiel-feldlandschaft“ mit den klassischen Spielfeldern und Sportflächen. In der „Bewegungslandschaft“ wird es u. a. Calisthenics- und Boule-Angebote geben und Möglichkeiten für erlebnisorientierte Bewegung mit Laufrädern, Rollern, Skateboards, Rollstühlen und Fahrrädern. Vorgesehen ist ein Bewegungsraum für Kinder und eine offene Rasenfläche für Fußball, die mit Toren ausgestattet werden soll. Abgerundet wird der Sportpark von der „Schulsportlandschaft“. Barrierefreiheit und Inklusion sind ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzepts. **Ute Mais** erklärt: „Mit dem Sportpark Scharnhorst entsteht ein vielseitiger, inklusiver und zukunftsfähiger Bewegungs- und Freiraum. Das Investitionsvolumen liegt bei rd. 18 Mio. Euro, von denen 9,7 Mio. Euro mit Fördermitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes finanziert werden sollen.“

Stillstand wäre ein Rückschritt: Pläne für Handball-Campus, Handballarena des BVB und Ballsporthalle am Dortmunder U dürfen sich nicht gegenseitig blockieren. Es muss Klarheit geschaffen werden!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Der Deutsche Handballbund (DHB) hat Pläne für einen Handball-Campus an der Strobellallee. Der BVB plant den Bau einer Handballarena hinter der Helmut-Körnig-Halle. Der Rat hat vor über einem Jahr den Schulsport der beiden Berufskollegs am Dortmunder U benötigt wird, bis Ende 2029 fertigzustellen. Vorausgesetzt, der ganze Prozess gerät nicht an irgendeiner Stelle ins Stocken“, erklärt **Ute Mais**.

Genau dies drohe gerade, weil nicht klar sei, wie ernst es der BVB mit seinen erst in diesem Jahr bekannt gewordenen Plänen für den Bau einer rund 3.000 Zuschauer fassenden Sporthalle für die Handball- und Tischtennisabteilungen des Vereins auf einer Fläche hinter der Helmut-Körnig-Halle meint. Zudem: Exakt die Fläche würde der DHB gerne zur Umsetzung seines Handball-Campus-Konzepts für eine Trainingshalle nutzen. „Deshalb ist es uns wichtig, dass jetzt schnellstens alle Fäden zusammengeführt werden und die beste Lösung für den Sportstandort Dortmund gefunden wird. Die CDU unterstützt den Handball-Campus. Die CDU sieht den Bedarf für eine Ballsporthalle, aber nicht für zwei. Wir wollen Klarheit, ob der BVB seine Pläne für eine eigene Handballarena ernsthaft durchziehen will“, verlangt **Mais**.

Ute Mais, sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Fest steht: Für Ballsporthallen fehlt es in Dortmund bislang an einer bundesligatauglichen und für nationale wie internationale Spitzensportkämpfe geeigneten Halle. Besonders öffentlichkeitswirksam zeigt sich dies bei den Handball-Damen des BVB, die Schwierigkeiten haben, die Hallenstandards der ‚Handball-Bundesliga Frauen‘ zu erfüllen. Ganz zu schweigen von der Austragung internationaler Begegnungen in der ‚EHF Champions League‘, für die die Handball-Damen des BVB u. a. in die Westpress-Arena nach Hamm ausweichen müssen.“

Aus diesem Grund setzt sich die CDU-Fraktion seit vielen Jahren für den Bau einer modernen und gut ausgestatteten Ballsporthalle für Sport auf höchst-



Foto: CDU-Ratsfraktion

Bundesstützpunktes Handball für den weiblichen Nachwuchs. Die dafür benötigten Internatsplätze sollen am Sportinternat Dortmund bereitgestellt werden. So weit ist alles klar“, erläutert **Ute Mais** die Eckpunkte des Campus-Konzepts und fährt fort: „Klärungs- und Abstimmungsbedarf besteht hinsichtlich der vom DHB angestrebten Trainingshalle auf einer Fläche hinter der Helmut-Körnig-Halle, die bisher als Leichtathletikplatz genutzt wird. Die gleiche Fläche ist Gegenstand der Pläne des BVB. Es wäre folglich zu prüfen, inwieweit sich die Pläne von DHB und BVB miteinander vereinbaren lassen.“

Stadt braucht Klarheit für Ballsporthalle am Dortmunder U

„Vor allem die Stadt Dortmund braucht Klarheit über die Realisierungsaussichten der vom BVB geplanten Ballsporthalle hinter der Helmut-Körnig-Halle mit rund 3.000 Sitzplätzen“, fordert der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Sascha Mader**. „Die Beschreibung der Arbeiten für den Bau der Ballsporthalle am Dortmunder U steht quasi in den Startlöchern. Die Stadt kann sich die 80 Mio. Euro-Investition sparen, wenn der BVB in Eigenregie ein gleiches Projekt in Angriff nimmt. Wir haben in Dortmund keinen Bedarf für zwei Ballsporthallen. Eine Großsporthalle reicht. Für den Bedarf der Berufskollegs müsste am Dortmunder U lediglich eine deutlich abgespeckte Version

gebaut werden, eine ganz normale Schulsporthalle. Wir hätten uns gewünscht, der BVB hätte sich früher aktiv bei dem Thema eingebracht.“, stellt **Mader** fest. Mit dem Bau einer modernen und gut ausgestatteten Ballsporthalle auf höchstem Niveau im Unionviertel sollte eine Lücke in der Sportinfrastruktur unserer Stadt geschlossen werden. „Es bleibt die Frage, ob der BVB bereit ist, mit seinem angestrebten Hallenprojekt diese Lücke zu füllen und ob der BVB bereit ist, die Halle auch anderen Vereinen zur Verfügung zu stellen.“

Einsturzgefahr muss ausgeschlossen werden



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Auf jeden Fall werden wir Zeit verlieren. Es wird gründlich zu erkunden sein, wie hoch die Tragfähigkeit des Bodens hinter der Helmut-Körnig-Halle ist und ob sich dort überhaupt ein Handballstadion mit 3.000 Sitzplätzen realisieren lässt“, erinnert der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann** an die notwendige und sehr aufwändige Verfüllung von Hohlräumen, Schächten und Stollen aus oberflächennahem Bergbau im Zuge der Modernisierung des benachbarten Stadions Rote Erde. Über viele Jahrzehnte habe in dem Bereich ein massiver Kohleabbau stattgefunden, ohne konkrete Aufzeichnung der Abbautätigkeit. Die Gefahr von Tagesbrüchen müsse für den ins Auge gefassten Bereich hinter der Helmut-Körnig-Halle auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Dortmunder Hafen: Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Dortmunder Verkehrsinfrastruktur

Mit unseren Stimmen hat der Rat der Stadt Dortmund beschlossen, dass die Verwaltung an einem Konzept für die Weiterentwicklung des Hafens mitwirken wird. Ziel ist es, den Dortmunder Hafen langfristig als Industrie- und Logistikstandort zu sichern und weiterzuentwickeln, erläutert **David Finger**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Er sagt: „Uns ist es ein Anliegen den Verkehrs- und Infrastrukturstandort Dortmund den Gegebenheiten einer modernen Großstadt anzupassen. Dabei müssen wir langfristig planen, damit Dortmund auch in der Zukunft konkurrenzfähig bleibt.“

Dabei wartet viel Arbeit auf die Projektentwickler, denn der Dortmunder Hafen ist groß: 150 Hektar Fläche, zehn Hafenbecken, elf Kilometer Uferlänge – all das muss in die Planung mit einbezogen werden. Er ist Europas größter Kanalhafen und eine der größten zusammenhängenden Wirtschaftsflächen Dortmunds. Jährlich werden über zwei Millionen Tonnen Güter umgeschlagen – die Hälfte über den Dortmund-Ems-Kanal zu den deutschen und europäischen Seehäfen. Container, Mineralöle, Kohle, Stahl, Schrott, Baustoffe – ein Universalhafen mit

existenzieller Bedeutung für die Region. Dies allein verdeutlicht die Bedeutung des Hafens nicht nur für die Stadt Dortmund, sondern für die gesamte umliegende Region.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Deshalb ist für die CDU-Fraktion klar: Der Dortmunder Hafen muss nicht allein geschützt, sondern strategisch weiterentwickelt werden. **David Finger** ergänzt: „Mit dem nun in Auftrag gegebenen Hafenentwicklungskonzept gehen wir den richtigen Weg. Mit ihm

wird es möglich sein, den Hafen langfristig strategisch auszurichten und Dortmund als Knotenpunkt für Infrastruktur und Güter noch attraktiver zu machen.“

Für ein besseres Verständnis muss die Dortmund-Hafenentwicklung in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werden: Wirtschaftsflächen geraten zunehmend unter Druck. Der Hafen muss wirtschaftlich mit anderen Akteuren und Flächennutzungen konkurrieren. Das Hafenentwicklungskonzept soll dazu dienen, Flächen und Infrastrukturen im Hafen zukunftsfähig weiterzuentwickeln und effizient zu nutzen. Als emissionsamer Umschlagplatz kann der Hafen auch gelebter Klimaschutz sein. Unter Federführung der Dortmunder Hafen AG und Beteiligung der Stadtverwaltung, hier insbesondere das Stadtplanungs- und Bauordnungsamt sowie der Wirtschaftsförderung, wird das Hafenkonzept entwickelt. Ebenfalls beteiligt ist die Hafenwirtschaft.

An folgenden Punkten soll sich die Analyse des Entwicklungspotenzials ausrichten: Bereits vorhandener Bestand, Leitbild- und Zieldefinition (Wohin möchte der Hafen unter Einsatz welcher Mittel?), Entwicklungsszenarien und mögliche Maßnahmen

in den Bereichen Flächenentwicklung, Infrastruktur, Digitalisierung sowie Energie und Logistik. Vorangegangene bekannte Projekte wie das Hafenquartier Speicherstraße (3.000-5.000 neue Arbeitsplätze) und die Entwicklung der ehemaligen Envio-Fläche zum innovativen „Industriecampus“. Schon deshalb ist der Dortmunder Hafen für die CDU-Fraktion kein altertümliches Relikt aus vergangenen Tagen, nein, er ist ein zukunftssträchtiger Standort, der emissionsarme Logistik, Industrie 4.0 und nachhaltige Verfahren sowie Dekarbonisierung möglich machen kann.

Mit dem Hafenentwicklungskonzept soll deshalb nun Klarheit geschaffen werden, indem Fragen beantwortet werden wie: Wo können Flächen effizienter genutzt werden? Wie bleibt der Hafen wettbewerbsfähig? Wie verbessern wir die Wahrnehmung des Hafens und dessen Integration in die städtische Infrastruktur?

Der Dortmunder Hafen zählt zu den landesbedeutsamen Häfen. Das verpflichtet uns, ihn zu schützen und intelligent weiterzuentwickeln und das als Wirtschaftsfaktor für die Region.

Westfalahallen Dortmund: Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag VI D bewahren – Gegen das Vergessen!

„Wir wollen die Zukunft gestalten, ohne die Vergangenheit zu ignorieren. Wir wollen an die Vergangenheit erinnern, damit sie uns eine Mahnung ist, ohne die Zukunft aufzuhalten. Wir wollen eine Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft“, so umschreibt der stellv. Fraktionsvorsitzende **Uwe Waßmann**, der zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Westfalahallen Unternehmensgruppe ist, die Haltung der CDU-Fraktion zum Umgang mit den Funden des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag VI D bei Bauarbeiten zur Erweiterung der Westfalahallen.

Die CDU-Fraktion hat sich im gemeinsamen Vorgehen mit SPD und FDP/Bürgerliste im Rat dafür eingesetzt, dass die auf dem Westfalahallengelände im Baustellenbereich für zwei neue Messehallen und das neue Kongresszentrum gefundenen Überreste des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag VI D sorgfältig gesichtet, untersucht und wissenschaftlich aufbereitet werden. **Waßmann** erläutert das Anliegen: „Ziel ist es, die Funde zu sichern und an geeigneter Stelle einen Ort der würdevollen Erinnerung, Mahnung und Wissensvermittlung für künftige Generationen zu schaffen, damit die Gräuel der Naziherrschaft nicht in Vergessenheit geraten.“ Von September 1939 bis Mai 1945 sollen mehr als 340.000 Menschen das Lager auf dem Gelände der Westfalahallen durchlaufen haben. „Sie wurden zur Zwangsarbeit in Dortmundern Betrieben und im gesamten Umland eingesetzt. Ihr Schicksal muss lebendig gehalten werden, damit sich dieser Teil unserer Stadtgeschichte nie wiederholt“, erklärt **Waßmann**.

„Zugleich haben wir uns hinter die Entscheidung gestellt, die notwendigen Baumaßnahmen für die neuen Gebäude der Westfalahallen parallel Schritt für Schritt in Abstimmung mit den Fachleuten fortzuführen, um unsere Stadt als erfolgreichen Messe-, Veranstaltungs- und Kongressstandort weiterzuentwickeln und konkurrenzfähig zu halten. Der Wettbewerbsdruck im Kongress- und Veranstaltungsgeschäft ist hoch. Die Westfalahallen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Vom Erfolg der Westfalahallen profitieren viele Wirtschaftsbereiche unserer Stadt, angefangen bei Hotellerie und Gastronomie über Handel und Handwerk bis hin zu Fahrdienstleistern“, unter-



Foto: CDU-Ratsfraktion

streicht **Waßmann** die Bedeutung der geplanten Zukunftsinvestitionen der Westfalahallen für den Dortmunder Wirtschaftsstandort.

Rund 215 Mio. Euro sollen bis 2030 zur Stärkung des Messe- und Kongressstandortes in den Bau neuer Messehallen, eines neuen Kongresszentrums und eines neuen Eingangs Süd an der Strobellallee investiert werden. „Anders als die Fraktionen der Grünen und Linken wollten wir keinen Baustopp und haben dies auch so durchgesetzt. Mit dem zwischen allen Beteiligten, vor allem auch mit der Unteren Denkmalbehörde und dem Fachamt für Archäologie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe abgestimmten Gesamtverfahren ist sichergestellt, dass die Geschichte des nationalsozialistischen Kriegsgefangenenlagers Stalag VI D konserviert, wahrgenommen und künftigen Generationen vermittelt wird und der unzähligen Opfer in einem würdigen Rahmen gedacht werden wird“, betont **Uwe Waßmann** abschließend.

Bildung

Sofortpaket „Weiterführende Schule“: Für eine passgenaue (Weiter-)Entwicklung der Dortmunder Schullandschaft

Obwohl durch diverse Förderprogramme in den letzten Jahren schon viele Dinge in den Dortmunder Schulen erneuert und erweitert wurden, ist das Gros der Schulgebäude in die Jahre gekommen, viele weitere Sanierungen sind in absehbarer Zeit notwendig. Gleichzeitig können die bestehenden Schulen die stark gestiegenen und weiter steigenden Schülerzahlen nicht mehr aufnehmen, es ist voll in unseren Schulen. Aus diesem Grund ist der Neubau einiger weiterführender Schulen in Dortmund dringend geboten. Das Sofortpaket „Weiterführende Schulen“ ist als Antwort auf die vielen Herausforderungen gedacht. „Endlich werden Probleme angegangen, die sich bereits länger abgezeichnet haben“, sagt **Dr. Eva-Maria Goll**. Die Suche nach neuen Schulstandorten, um vor allem die Bedarfe an Gymnasien und Gesamtschulen zu decken, hat zum Glück zügig zu Ergebnissen geführt. Klar ist für die CDU-Fraktion: In diesem Tempo muss es nun weitergehen, damit die angekündigten Schulen wie geplant in Betrieb gehen können und zum nächsten Schuljahr an Interimsstandorten, aber auch in den Folgejahren an den Dauerstandorten, ausreichend Schulplätze zur Verfügung stehen.

Neugründung eines Gymnasiums und einer Gesamtschule

Dr. Eva-Maria Goll führt mit Blick auf das Sofortpaket aus: „Schon lange haben wir die Neugründung zumindest eines Gymnasiums gefordert, um allen Kindern angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen einen Schulplatz an einer weiterführenden Schule ihrer Wahl bieten zu können. Besonders im östlichen Stadtgebiet sind die Kapazitäten der bestehenden Gymnasien erschöpft. Trotz der Bildung von Mehrklassen und der Aufnahme maximaler Schülerzahlen je Klasse mussten bereits zuletzt viele Schülerinnen und Schüler im Anmeldeverfahren abgelehnt werden. Deshalb freuen wir uns, dass nördlich der Sendstraße im Stadtbezirk Brackel zum Schuljahr 2030/31 ein neues Gymnasium errichtet werden soll. Damit wird zumindest im Grundsatz unsere langjährige Forderung erfüllt, denn eigentlich hätten wir uns das Gymnasium



Foto: iStock.com/Unaihuiziphotography

für den Stadtbezirk Scharnhorst gewünscht, da dieser als einziger Stadtbezirk bisher über kein eigenes Gymnasium verfügt.“ Vorgesehen sind am neuen Gymnasium je Jahrgang sechs Parallelklassen (Züge). Wegen des akuten Bedarfs an Schulplätzen ist eine Zwischenlösung unausweichlich. Diese soll mit mobilen Raumeinheiten am Interimsstandort Potthecke (Schleife Wambel) bereits zum 1. August 2027 mit sechs Klassen der Jahrgangsstufe 5 an den Start gehen.

Als Interimsquartier für eine neue „Gesamtschule im Norden“, die ihren endgültigen Standort nördlich des Heisenberg-Gymnasiums im Stadtbezirk Eving finden soll, ist die Fläche der ehemaligen Hauptschule Derne vorgesehen, die ebenfalls bereits zum Schuljahresbeginn 2027/28 betriebsbereit sein muss, da auch diese Kapazitäten benötigt werden.

Effiziente Schulplanung: Umzug der Gesamtschule im Süden

Bereits im vergangenen Herbst hat die CDU-Fraktion für die Errichtung eines Gebäudes für eine sechszügige Gesamtschule, das in Modulbauweise auf dem

Wiel die nur dreizügige Marie-Reinders-Realschule regelmäßig eine sehr große Anzahl von Schülerinnen und Schülern in den Anmeldefahrten ablehnen muss, und am eigenen Standort keinerlei Fläche zur Erweiterung zur Verfügung steht, soll das durch den Umzug der Gesamtschule im Süden freierwerdende Gebäude ab dem Schuljahr 2028/2029 als Teilstandort der Marie-Reinders-Realschule genutzt werden.

Die Verfahren im Rahmen des Sofortpakets sind bereits recht weit fortgeschritten. Durch engmaschige Abstimmungen zwischen Politik und Verwaltung konnten wir an der steten Optimierung der Strukturen und Abläufe mitwirken. Wenn in Vorlagen Fragen offenblieben, haben wir nachgefasst. „Die Maßnahmen auf tatsächliche Bedarfe zu beschränken, ist eine Frage des verantwortungsvollen Umgangs mit Steuermitteln und Gerechtigkeit mit Blick auf alle anderen Schulen in der Stadt“, erklärt **Dr. Eva-Maria Goll** das Vorgehen der CDU-Fraktion. Zunächst divergierende Äußerungen verschiedener beteiligter Fachbereiche konnten wir aufklären, sowie die Forderung nach einer noch intensiveren Suche nach möglichen Fördermitteln platzieren. Für den Schulbau am ehemaligen EAF-Standort in Hacheney wird bereits auf die sogenannten LuKIF-Mittel aus dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) zurückgegriffen.

Während das Sofortprogramm sicherlich das umfangreichste und am schnellsten zu bearbeitende Projektpaket darstellt, vergessen wir dennoch andere Schulen und Bauprojekte nicht. So wurden mit den Stimmen der CDU-Fraktion auch der Neubau der Overberg-Grundschule, Sanierungsarbeiten an der Gesamtschule Scharnhorst und der Bau einer Sporthalle für die Hauptschule am Hafen beschlossen. „Mit dem Bau der Sporthalle möchten wir den Bedürfnissen und Ansprüchen von Schul- und Vereinssport gerecht werden. Es ist zu betonen, dass wir Schülerinnen und Schülern in allen Bereichen und Stadtteilen eine gute Lernumgebung zur Verfügung stellen wollen“, führt **Dr. Eva-Maria Goll** aus.

Sicherheit & Ordnung

Schrottimmobilien: Konsequenz statt wirkungslos

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund sieht sich durch die Ergebnisse des landesweiten Aktionsstages gegen Problemimmobilien im März dieses Jahres in ihrer politischen Linie bestätigt, weiterhin konsequent gegen Schrottimmobilien vorzugehen. Bei den Kontrollen in vier Dortmunder Problemimmobilien wurden zahlreiche gravierende Missstände festgestellt, teilte die Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Fraktion mit. Unter anderem dokumentierten die Behörden massive Schimmelprobleme, Vermüllung, fehlende Rettungswege, defekte Heizungs- und Warmwasserversorgung sowie Hinweise auf Mietwucher. In elf Wohnungen wurde Schimmelbefall festgestellt, in sämtlichen kontrollierten Gebäuden wurden erhebliche bauliche und wohnungsrechtliche Mängel festgestellt. Besonders alarmierend: In 24 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 79 Personen besteht der Verdacht auf unrechtmäßigen Bürgergeldbezug, weshalb Leistungen in Höhe von rund 10.850 Euro pro Monat vorläufig eingestellt wurden. Weitere Ansprüche werden überprüft. Auch das Jugendamt musste eingreifen: Vier Kinder unter acht Jahren wurden aus einer leerstehenden Wohnung in Obhut genommen, nachdem sie ohne Erziehungsberechtigte mit einer ungeklärten Begleitperson aufgefunden worden waren. Zudem wurden zwei Haftbefehle vollstreckt und mehrere Meldeverstöße festgestellt.

Unser ordnungspolitischer Sprecher, **Jörg Tigges** hebt hervor, „Solche Kontrollen müssen konsequent und regelmäßig stattfinden. Denn ausbeuterische Wohnverhältnisse und Leistungsmisbrauch zeigen die Schattenseiten unseres Sozialstaates.“

Die CDU-Fraktion begrüßt, dass Stadt, Jobcenter, Polizei und weitere Behörden gemeinsam gegen problematische Wohnverhältnisse und möglichen Sozialleistungsmisbrauch vorgehen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass konsequente Kontrollen notwendig sind, um sowohl die betroffenen Menschen zu schützen als auch kriminellen Strukturen entgegenzutreten.

CDU-Fraktion fordert Prüfung des Gelsenkirchener Modells zur Bekämpfung von Armutszuwanderung
Auf dieser Grundlage haben wir die Verwaltung aufgefordert, Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozial-



Foto: CDU-Ratsfraktion

leistungsmisbrauch im Zusammenhang mit Armutszuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten zu prüfen.

„Vorbild ist für uns das Gelsenkirchener Modell. Die Stadt Gelsenkirchen macht es vor und setzt konsequent auf behördenübergreifende Kontrollen: mit Jobcenter, Ausländerbehörde, Wohnungsaufsicht, Zoll und der Polizei. Die zentrale Regel: EU-Zuwanderer werden nur dann als Arbeitnehmer anerkannt, wenn sie mindestens ein Drittel ihres Lebensunterhalts aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten. Mit diesem Ansatz konnten in Gelsenkirchen in vielen Fällen die Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit entzogen werden“, erklärt unser arbeitspolitischer Sprecher, **Thomas Bahr**.

Die Fakten: Nach aktuellem Sachstandsbericht leben in Dortmund Ende 2023 insgesamt 12.040 EU2-Bürgerinnen und Bürger (Bulgaren und Rumänen). Davon beziehen fast 4.960 Leistungen nach dem SGB II. Dies zeigt deutlich, das Problem ist real.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Verwaltung gefragt: Wie bewertet sie das Gelsenkirchener Modell? Gibt es rechtliche und tatsächliche Möglichkeiten, eine vergleichbare Praxis auch in Dortmund anzuwenden? Zudem fordern wir, aufgrund der veralteten Daten, aktuelle Zahlen: Wie viele EU2-Bürger leben aktuell in Dortmund, und wie viele beziehen davon SGB-II-Leistungen? Auf die Antworten sind wir gespannt.

Abschließend betont **Thomas Bahr**: „Sozialleistungen sind für Menschen gedacht, die sie wirklich brauchen. Wer die Großzügigkeit des deutschen Sozialstaates ausnutzt, muss mit Konsequenzen rechnen.“

Kampf gegen Raser- und Poserszene: Endlich wird lang geforderte Maßnahme am Phoenix-See umgesetzt. Warten auf Machbarkeitsstudie für Boxengasse am Ostwall.

Immer wieder hat die CDU-Fraktion verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen angeregt, um die Straßen am Phoenix-See für die Raser- und Poserszene unattraktiv zu machen. „Im Kampf gegen die Raser- und Poserszene am Phoenix-See wird in der Straße Am Kai auf Höhe des Rudolf-Platte-Wegs nun endlich die schon vor Jahren geforderte passive Busschleuse errichtet“, freut sich der mobilitätspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Christian Barrenbrügge** über die auf den Weg gebrachte Lösung. Die als Fahrradstraße und nach 22.00 Uhr als reine Anliegerstraße ausgewiesene Straße „Am Kai“ ist ein angesagter Treffpunkt für Tuner und Poser aus ganz NRW.



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Mit der passiven Busschleuse entsteht eine straßenbaulich gut gestaltbare Absenkung in der Fahrbahn, die für normale PKW wegen der fehlenden Fahrzeugbreite und der fehlenden Bodenfreiheit unpassierbar ist. Die vorgesehene Busschleuse ist eine sehr wirkungsvolle Durchfahrtsperre. Fußgänger und Radfahrer können die Straße weiterhin uneingeschränkt passieren. Der Radverkehr wird über separate Fahrradstreifen ungehindert an der Busschleuse vorbeigeführt“, erläutert **Barrenbrügge** die Funktionsweise der Busschleuse als Alternative zur Installation versenkbarer Poller als Durchfahrtsperre.

Boxengasse zur Szene-Rush Hour endlich sperren

„Bei einem weiteren Hotspot der Raser-, Tuner- und Poserszene können wir trotz aller von uns unternommenen Initiativen leider noch keinen Durchbruch

vermelden“, räumt **Barrenbrügge** ein. Alle bisher ergriffenen Maßnahmen im Kampf gegen die allabendliche Raser-, Tuner- und Poserszene auf dem Wallring sind ins Leere gegangen. Weder die Anordnung von Tempo 30 und die damit einhergehende Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung im gesamten Wallbereich oder die Einrichtung von Halteverboten zwischen 21.00 Uhr und 5.00 Uhr noch regelmäßige Schwerpunkteinsätze von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst haben es geschafft, dem Wallring seine Attraktivität für die Raser- und Poserszene zu nehmen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Zum Leidwesen der Anwohner besonders beliebt: Der von der Raser- und Poserszene in Formel 1-Manier als „Boxengasse“ genutzte Parkplatz am Ostwall. „Immer wieder haben wir die Beschwerden der Anwohnerschaft aufgegriffen und uns für Maßnahmen wie z. B. das umgesetzte nächtliche Halteverbot in der „Boxengasse“ eingesetzt. Früh haben wir uns als letztes und einschneidendstes Mittel für die Installation versenkbarer Poller als Durchfahrtsperre ausgesprochen und dafür im städtischen Doppelhaushalt 2025/2026 Haushaltsmittel reserviert. Leider liegen die Ergebnisse der von einem externen Planungsbüro zu erstellenden Machbarkeitsstudie noch nicht vor. Deshalb warten wir weiter auf eine Pollerlösung zur Sperrung der „Boxengasse“ für die Autoposerszene“, bedauert **Barrenbrügge** und erklärt entschlossen: „Wir werden nicht in unseren Anstrengungen nachlassen, dem Vergnügen der Raser- und Poserszene ein Ende zu bereiten. Der Wallring ist keine Carrera-Bahn!“

CDU-Fraktion begrüßt Umdenken von Rot-Rot-Grün in Fragen von Sicherheit und Ordnung.



Foto: iStock.com/Luis Echeverri Urrea

Bereits 2023 hatte die CDU-Fraktion gefordert, den bisher eingeschlagenen Weg der Drogenpolitik auf den Prüfstand zu stellen und Suchtprävention, Hilfsangebote und repressive Maßnahmen offen und konsequent im Interesse der Allgemeinheit nachzujustieren. Abgeleitet aus dem „Zürcher Modell“ hatte die CDU-Fraktion bereits damals Leitlinien für die Lösung der Drogenproblematik in der Dortmunder City formuliert.

Drei Jahre später könnte in der Ratssitzung vom 28. Mai 2026 ein Durchbruch gelungen sein. In dieser Ratssitzung wurde mit der dort geführten Debatte möglicherweise der Grundstein für die Lösung der Drogenproblematik in der Dortmunder City gelegt und die Basis für einen neuen, gemeinsamen Blick der Mitte des Rates auf die Erfordernisse an Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt geschaffen. Zum Schwur kommt es, wenn die Verwaltung die vom Rat beauftragten Konzepte für ein „Sicheres Leben für alle in Dortmund“ vorlegt.

Eine Frage der Auslegung: Das „Zürcher Modell“
Der Stadt Zürich ist es gelungen, eine der größten offenen Drogenszenen in den Griff zu bekommen. Bei der Auslegung des „Zürcher Modells“ und seiner Übertragung auf Dortmund erwartet die CDU-Fraktion einen kritischen Blick auf die Stärken und Schwächen des Züricher Vorgehens. „Das Zürcher Modell mit seinen vier Säulen – Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression – ist grundsätzlich eine gute Blaupause. Es kann funktionieren, wenn es in seiner Gesamtheit umgesetzt wird. Zugleich müssen wir ohne ideologische Scheuklappen schauen, an welchen Stellschrauben wir even-

Auf Worte müssen Taten folgen!

Die CDU-Fraktion wird darauf achten, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern Worten auch Taten folgen und die richtigen Akzente zur Lösung der Probleme gesetzt werden. „Wir freuen uns, dass durch die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken ein Ruck gegangen ist und sie offenbar bereit sind, zur Stärkung der Sicherheit in unserer

Stadt und zur Lösung der Drogenproblematik in der Dortmunder City ihre bislang gesetzten roten Linien zu überschreiten. Es stimmt uns sehr zuversichtlich, dass SPD, Grüne und Linke sich im Kampf gegen die offene Drogenszene für die Übertragung des „Zürcher Modells“ aussprechen und außerdem für die Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzeptes mit stärkerer Präsenz von Einsatzkräften im Stadtbild eintreten“, drückt der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Jörg Tigges**, seine Hoffnung aus, dass es auf dieser Grundlage gelingt, in größtmöglicher Geschlossenheit vor allem die Drogenproblematik in der Dortmunder City, die Quelle vieler Missstände in der City und den City-Randbereichen ist, in den Griff zu bekommen.

Eine Frage der Auslegung: Das „Zürcher Modell“
Der Stadt Zürich ist es gelungen, eine der größten offenen Drogenszenen in den Griff zu bekommen. Bei der Auslegung des „Zürcher Modells“ und seiner Übertragung auf Dortmund erwartet die CDU-Fraktion einen kritischen Blick auf die Stärken und Schwächen des Züricher Vorgehens. „Das Zürcher Modell mit seinen vier Säulen – Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression – ist grundsätzlich eine gute Blaupause. Es kann funktionieren, wenn es in seiner Gesamtheit umgesetzt wird. Zugleich müssen wir ohne ideologische Scheuklappen schauen, an welchen Stellschrauben wir even-

tuell drehen können, um das Zürcher Modell noch besser zu machen. Dafür tritt die CDU-Fraktion seit 2023 ein, als wir gefordert haben, den eingeschlagenen Weg der Drogenpolitik auf den Prüfstand zu stellen und Suchtprävention, Hilfsangebote für die Suchtkranken sowie repressive Maßnahmen nachjustieren, um öffentlichen Drogenhandel und Drogenkonsum zu unterbinden“, verdeutlicht **Tigges** und betont: „Das Zürcher Modell ist vor allem deshalb erfolgreich, weil es auf Prävention und Repression ausgerichtet ist.“

Das Fundament des Zürcher Modells ist es, dass es dort keine Drogenkonsumräume in unmittelbarer Nähe von Handelsplätzen und Plätzen, die dem Aufenthalt von Menschen gewidmet sind, gibt. „Dies bedeutet auf Dortmund übertragen, dass der Drogenkonsumraum am Grafenhof zwingend einem Alternativstandort weichen muss. Ohne diese Verlegung kann das Zürcher Modell in Dortmund nicht funktionieren. Ein geeigneter neuer Standort wäre an der Unionstraße in den Räumlichkeiten der ehemaligen Männerübernachtungsstätte. Die CDU-Fraktion favorisiert die Verlegung an diesen Standort. Wer ehrlicherweise das Zürcher Modell für Dortmund will, kann sich dieser Verlegung nicht verschließen“, meint **Jörg Tigges**.

Nach **Thomas Bahr**, dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, „macht die Kombination von aufsuchender Sozialarbeit und Ordnungsdienst sowie eine Null-Toleranz-Strategie im Kampf gegen die offene Drogenszene den Vorbildcharakter des Zürcher Modells aus, nicht die alleinige Weiterentwicklung des Drogenhilfesystems, wie sie bei uns bislang gerne von einer linken Ratsmehrheit gefordert wurde.“ Ziel müsse es sein, die offene Drogenszene nach dem Vorbild der Schweiz von der Straße in niedrigschwellige, dezentrale und zielgruppengerechte Hilfsseinrichtungen zu lenken. „Dies erfordert ein enges Zusammenwirken von aufsuchender Straßensozialarbeit, kommunalen Ordnungsdienst und Polizei, um den suchtkranken Menschen möglichst helfend, beratend und unterstützend zu begegnen, ihnen aber zugleich klare Regeln aufzuzeigen, Grenzen zu setzen und diese auch durchzusetzen“, erklärt **Thomas Bahr**, worauf es nach Ansicht der CDU ankommt. „Die von der offenen Drogenszene ausgehenden Störungen und Belästigungen der Allgemeinheit sind mit Nulltoleranz zu unterbinden und das Sicherheitsgefühl in der City mit geeigneten Maßnahmen zu stärken“, unterstreicht **Jörg Tigges**. Außerdem müsse es das Ziel sein – nach dem Züri-

cher Vorbild – die Sogwirkung unserer Stadt auf auswärtige Drogenabhängige zu unterbinden. „Auch deshalb“, so **Tigges**, „muss der heutige Standort des Drogenkonsumraums am Grafenhof aufgegeben und verlagert werden. Außerdem gehört die Aussetzung der „Wohnsitzauflage“ für die Nutzung der Dortmunder Drogenhilfeeinrichtungen auf den Prüfstand. Auswärtige sind nach Schweizer Vorbild an ihre Heimatgemeinden zu verweisen.“

Für mehr Sicherheit: Erhält der Kommunale Ordnungsdienst personelle Verstärkung?

Nach dem Willen des Rates soll der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) seine Aufgaben künftig gleichermaßen in allen 12 Stadtbezirken und mehr als 80 Vororten erfüllen. „Dann führt kein Weg an einer sukzessiven personellen Aufstockung vorbei“, stellt der personalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Michael Batzdorff**, fest und merkt an: „Wir sind gespannt, ob die anderen Fraktionen dies am Ende genauso sehen. Damit haben sich die anderen Fraktionen bislang immer sehr schwergetan.“ Hinzu kommt, dass Dortmund ein kulturelles Oberzentrum ist. Dazu, so **Batzdorff**, gehöre auch eine attraktive Nachtkultur: „Wenn wir urbanen Lifestyle bis in die Nacht haben wollen, dann müssen wir auch für sichere Straßen sorgen und die Einsatzzeiten des KOD in die Nacht ausweiten. Dann reicht es nicht, in den Sommermonaten freitags und samstags bis 23.30 Uhr präsent zu sein. Auch dies erfordert mehr Einsatzkräfte. Wir können uns nicht vorstellen, dass der Kommunale Ordnungsdienst beispielsweise durch Streetworker oder Awareness-Teams ersetzt werden könnte, wie es andere Fraktionen offenbar für möglich halten. Der Kommunale Ordnungsdienst hat eine ganz andere Wirkung und mehr Befugnisse.“

Die künftige Ausrichtung der Ordnungs- und Sicherheitspolitik unserer Stadt bleibe spannend, erklärt der ordnungspolitische Sprecher **Tigges** abschließend: „Fürs Erste freuen wir uns, dass bei SPD, Grünen und Linken unter dem Druck der Öffentlichkeit und angesichts der von unserem Oberbürgermeister eingeleiteten Sicherheitswende ein Umdenken in Fragen von Sicherheit und Ordnung eingesetzt hat. Die drei Fraktionen bewegen sich auf unseren politischen Kurs zu.“

Rat beschließt alte CDU-Forderung eines Bettelverbots



Foto: CDU-Ratsfraktion

Ein neugewählter CDU-Oberbürgermeister und eine SPD-Fraktion, die endlich bereit ist, ihren Blick auf die Drogen- und Wohnungsszenen in der Dortmunder City zu schärfen: So wurde der Weg frei für einen neuen und dieses Mal erfolgreichen Anlauf zur probeweisen Einführung von punktuellen Bettelverboten im Umkreis von fünf Metern um Außengastronomie. Das durchgesetzte Bettelverbot ist zum 1. August 2026 in Kraft getreten. Es ist zunächst auf ein Jahr befristet. Dann soll auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen und eines von der Verwaltung vorzulegenden Evaluationsberichts entschieden werden, ob das Bettelverbot rund um die Außengastronomie dauerhaft eingeführt wird. Nach der neuen Vorschrift ist im Dortmunder Stadtgebiet im Umkreis von fünf Metern um Außengastronomien jegliches Betteln

untersagt. Die Initiative für die entsprechende Ergänzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Dortmund ging vom CDU-Oberbürgermeister Alexander Kalouti und dem CDU-Rechtsdezernenten Norbert Dahmen aus.

CDU unternahm Anfang 2025 ersten Anlauf

In den letzten Jahren haben sich die Berichte über aufdringliche und bedrängende Formen der Bettellei in der Dortmunder Innenstadt gehäuft. „Die CDU hat die wiederholten Klagen von Anfang an ernst genommen und nach einer befriedenden Lösung gesucht, die die bedürftigen Menschen genauso im Blick hat wie die Menschen, die sich durch die Bettellei verunsichert, beängstigt oder belästigt fühlen“, schildert **Jörg Tigges**, der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Bereits vor anderthalb Jahren habe die CDU-Fraktion einen ersten Anlauf für ein Bettelverbot in bestimmten Bereichen der Dortmunder City unternommen. In dem für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ratsausschuss habe die CDU damals beantragt, nach dem Beispiel der Städte Aachen und München an besonders empfindlichen Orten wie Geldautomaten, Gastronomie oder Haltestellen in einem Abstand von 5 Metern das Betteln zu verbieten. Damals sei der CDU-Vorstoß zur Einführung von Bettelverbotszonen noch an den Gegenstimmen von SPD und Grünen gescheitert, erinnert sich **Tigges**.

Öffentlicher Druck brachte Bewegung in das Thema

„Wir freuen uns, dass die SPD-Fraktion sich unter dem Druck aus Gastronomie, Handel und Bürgerschaft auf den Weg gemacht hat, ihren Blick auf die Drogen- und Wohnungslosenszene in der Dortmunder City und ihre Begleiterscheinungen, wie z. B. die aggressive Bettellei, zu schärfen. Wir nehmen wahr, dass sich die SPD-Fraktion unserem schon lange verfolgten Ansatz öffnet, dort, wo es notwendig ist, Störungen und Belästigungen der Allgemeinheit mit einer konsequent durchzusetzenden Null-Toleranz-Strategie zu bekämpfen“, was laut **Tigges** den Weg für einen neuen und dieses Mal erfolgreichen Anlauf zur probeweisen Einführung von punktuellen Bettelverboten im Umkreis von fünf Metern um die Außengastronomie frei gemacht habe. Gegen die Stimmen von Grünen und Linken.

Zuletzt haben sich die Gastronomen am Alten Markt mit einem Brandbrief an die Dortmunder Politik gerichtet, in dem sie die aggressive Bettellei, den offenen Drogenkonsum und eine kontinuierlich sinkende Aufenthaltsqualität schilderten. Ihre Gäste blieben aus, ihre Mitarbeiter seien durch die Situation psychisch stark belastet.

„Dass der Rat nun endlich das von CDU schon länger geforderte Bettelverbot in den Katalog der bußgeld-

bewehrten Ordnungswidrigkeiten aufgenommen hat, ist ein wichtiges Signal an Handel und Gastronomie und City-Besucher, dass die Politik die Probleme ernst nimmt und den Mut hat, zu ihrer Lösung auch kontroverse, schwierige Entscheidungen zu treffen“, freut sich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **David Finger**.

Kein generelles Bettelverbot

„Es geht nicht darum, Menschen in Not pauschal das stille Betteln zu untersagen“, betont **Thomas Bahr**, der sozialpolitische Sprecher der CDU. **Bahr** verweist auf die besondere Problematik der nun durch das Bettelverbot entschärften Situation: „Die Bettellei im Bereich der Außengastronomie hat eine viel stärkere Intensität als das Betteln in anderen City-Bereichen. Das Betteln im Bereich der Außengastronomie übt einen viel stärkeren psychischen Druck auf die Gäste aus als zum Beispiel auf die Passanten in den Fußgängerzonen, die die Möglichkeit haben, sich der Bettellei durch Ausweichen zu entziehen. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Die Gastronomie und die von ihr geschaffene stimmungsvolle und einladende Atmosphäre ist ein Baustein, der unsere City mit Leben füllt und eine Kulisse schafft, die unser Stadtbild positiv prägt, bei Gästen aus nah und fern. Ihr Schutz ist unser Ziel.“

Neue Stadtspitze und erfreuliche Wiederwahlen für Dortmund

Der Beginn der neuen Legislaturperiode wurde diesmal von einem historischen Moment eingeleitet, nämlich mit der Amtseinführung und Vereidigung des neuen CDU-Oberbürgermeisters Alexander Kalouti. Nach fast 80 Jahren SPD-Vorherrschaft trägt mit Alexander Kalouti erstmals wieder ein CDU-Politiker die Amtskette des höchsten Amtes in der Stadt Dortmund. In seiner Antrittsrede unterstrich der neue Oberbürgermeister, dass er Dortmund mit Herz, Verstand und Leidenschaft in Zukunft führen möchte. Die Zeiten des Nichtbenennens müssten vorbei sein. Sein Appell: Hinschauen, anpacken und mitmachen! Seine Kernanliegen: Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. Dr. Jendrik Suck, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion betonte: „Wir stehen hinter dem neuen OB und wünschen ihm eine erfolgreiche Amtszeit.“

Der Rat der Stadt Dortmund hat Ute Mais erneut zur ehrenamtlichen Stellvertreterin des Oberbürgermeisters gewählt. Vor 17 Jahren gewann Ute Mais ihr erstes Direktmandat im Kommunalwahlbezirk Süd, Sölderholz, Lichtendorf und zog erstmals mit der Kommunalwahl im Jahr 2009 in den Rat der Stadt Dortmund ein. Diesen Wahlerfolg konnte Ute Mais seither bei allen folgenden Wahlen – Wiederholungswahl 2012 und Kommunalwahlen 2014, 2020 und 2025 – bestätigen. Seither ist sie für unsere Stadt wie auch für unsere Fraktion im Rat der Stadt Dortmund mit Herzblut im Einsatz.

Auch Norbert Dahmen haben wir herzlich zu seiner Wiederwahl als Beigeordneter gratuliert. Mit dem Vertrauen des Rates darf er sein wichtiges Amt für weitere acht Jahre ab September 2026 fortführen und darüber freuen wir uns sehr. Denn seit 2018 hat

Norbert Dahmen als Rechts- und Ordnungsdezernent mit großem Einsatz und Verantwortungsbewusstsein die Geschicke seines Dezernats geleitet. Von der inneren Sicherheit über die Bürgerdienste und den Bevölkerungsschutz bis hin zum Amt für Migration. Somit stellt seine Wiederwahl eine verdiente Anerkennung für seine geleistete Arbeit und ein starkes Signal für eine verlässliche und bürgernahe Politik in Dortmund dar. Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre für unsere Stadt!

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



Thomas Bahr
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Schulausschuss
Stellv. Sprecher im Wahlprüfungsausschuss



Michael Batzdorff
Sprecher für Personal und Organisation im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung
Stellv. Sprecher im Gleichstellungsausschuss



Annette Becker
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecherin im Betriebsausschuss FABIDO



Britta Bernstein
Sprecherin im Gleichstellungsausschuss



André Buchloh



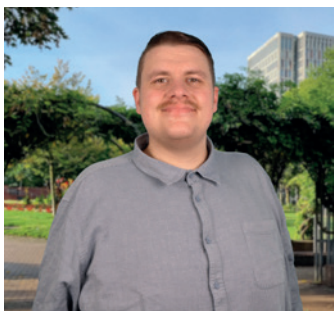
David Finger
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung



Dr. Eva-Maria Goll
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin)
Sprecherin im Schulausschuss



Werner Gollnick
Bezirksbürgermeister Scharnhorst
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



Felix Krahn
Sprecher im Behindertenpolitischen Netzwerk



Dr. Arne Küpper
Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung



Dr. Annette Littmann
Sprecherin im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit



Sascha Mader
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Ute Mais
Bürgermeisterin
Mitglied des Fraktionsvorstandes
Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit



Wolfgang Marschewski
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung



Maximilian Mehring



Barbara Murawski
Sprecherin im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit
Sprecherin im Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff
Sprecher für Digitalisierung im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung



Dr. Jendrik Suck
Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Jörg Tigges
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



Dr. Ludwin Vogel
Sprecher im Wahlprüfungsausschuss
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen



Uwe Wallrabe
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Schatzmeister)
Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Uwe Waßmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer

Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung),
Ralf Binnberg, Lina-Marie Kischkat, Susanne Lengner, Oskar Wache

Redaktionschluss: 14.09.2026
Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht
Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns:

Friedensplatz 1,
44135 Dortmund
Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
Telefon: 02 31 - 57 94 11
Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de
E-Mail: info@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de

[cdufraktiondortmund](https://www.facebook.com/cdufraktiondortmund)

[cdufraktiondortmund](https://www.instagram.com/cdufraktiondortmund)

[cdufraktionDO](https://twitter.com/cdufraktionDO)

[CDU-Fraktion Dortmund](https://www.linkedin.com/company/cdu-fraktion-dortmund)